

Ressort: Politik

## Bericht: EU will Russland entgegenkommen

Brüssel, 12.09.2014, 00:00 Uhr

**GDN** - Ungeachtet erneut verschärfter Sanktionen will die Europäische Union Russland in einem zentralen Streitpunkt entgegenkommen. Dabei geht es um einen wichtigen Bestandteil des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU, berichtet die "Süddeutsche Zeitung".

Auf Betreiben mehrerer EU-Staaten sollen nach Informationen des Blatts zahlreiche Bestimmungen des im Juni unterzeichneten vertieften Freihandelsabkommens mit der Ukraine zunächst nicht angewandt werden. Russland hat eine Liste mit mehr als 2.300 Änderungswünschen übermittelt. "Der Katalog ist so umfassend, dass er das Abkommen leer macht", hieß es aus Verhandlungskreisen. So sollen ukrainische Zollschränken zunächst erhalten bleiben und das Land soll zahlreiche EU-Normen zunächst nicht anwenden müssen. Am Freitag treffen sich Vertreter der EU, der Ukraine und Russlands in Brüssel, um den Kompromiss perfekt zu machen. Sie stehen unter Zeitdruck, weil sowohl das EU-Parlament als auch das ukrainische Parlament das Abkommen kommende Woche ratifizieren wollen. Für die Einigung hatte sich insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eingesetzt, die zugleich aber zu Härte bei den Sanktionen mahnte. In der ukrainischen Regierung zeigte man sich zuversichtlich, dass eine Regelung gefunden werde, die nur "schmale Kompromisse" erfordere. Außenminister Pawlo Klimkin bestätigte, dass es Verhandlungen mit Brüssel gebe, die auf eine verzögerte Liberalisierung einiger Teilbereiche hinauslaufe. Die Annahme, dass der Zweck des Abkommens geändert werde, sei aber ein "Missverständnis". Die für den 16. September im Parlament geplante Ratifizierung werde wie vorgesehen vonstatten gehen. Anfang September hatte die Regierung in Kiew bekannt gegeben, dass man die Verwaltung des Landes schon in den nächsten Wochen auf die Umsetzung des Abkommens vorbereiten wolle. An diesem Freitag sollen neue Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland in Kraft treten, die etwa den Zugang des Landes zum europäischen und amerikanischen Kapitalmarkt einschränken. Das werde "Russlands politische Isolation sowie die wirtschaftlichen Kosten für Russland erhöhen", erklärte US-Präsident Barack Obama am Donnerstag. Innerhalb der EU waren der Entscheidung erhebliche Kontroversen vorausgegangen. Mehrere EU-Länder äußerten Sorge, dass die Waffenruhe belastet werden könnte. Die EU machte aus daher klar, dass die Sanktionen jederzeit wieder zurückgenommen werden können. Russland kündigte neue Gegenmaßnahmen an.

### Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-40833/bericht-eu-will-russland-entgegenkommen.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619